

Resolution

Rettet die Berge – kein Rückschritt beim Alpenschutz!

Die Bayerischen Alpen und unsere Mittelgebirge sind einzigartige Naturräume, die nicht nur für die Artenvielfalt, sondern auch für den Klimaschutz und die Erholung der Menschen von unschätzbarem Wert sind. Die von der Staatsregierung geplante massive Einschränkung von Umweltprüfungen beim Bau von immer größeren Seilbahnen, Skipisten und Speicherbecken für Beschneiungsanlagen in unseren Bergen, sogar in Schutzgebieten und gesetzlich geschützten Biotopen, wird unsere Natur und damit unsere Heimat weiter zerstören.

Noch mehr Skilifte, noch mehr Kunstschnee, noch mehr Seilbahnen, noch mehr Skipisten, noch mehr Speicherbecken für noch mehr Beschneiungsanlagen – all das soll es demnächst auf unseren Bergen geben. Möglich macht das, neben millionenschweren Subventionen aus Steuergeldern, die geplante gesetzliche massive Einschränkung der Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) und der Öffentlichkeitsbeteiligung beim Bau immer größerer solcher Bauwerke in unseren Bergen. Und das sogar in Schutzgebieten und gesetzlich geschützten Biotopen.

Dafür will die Bayerische Staatsregierung das Wassergesetz, das Eisenbahn- und Seilbahngesetz und das Naturschutzgesetz ändern. Die UVP soll dann bei neuen oder erweiterten Beschneiungsanlagen nicht mehr ab einer Kunstschnee-Fläche von 15 Hektar, sondern erst ab 20 Hektar gelten (in Schutzgebieten erst ab 10 Hektar statt ab 5 Hektar). Vergleichbare hinausgeschobene Grenzen sollen für Skipisten gelten. Beim Neu- oder Ausbau von Seilbahnen und Schleppliften soll die Schwelle für eine UVP sogar auf das bis zu Dreifache erhöht werden.

Die Umweltverträglichkeitsprüfung ist ein zentrales Instrument des Naturschutzes, das sicherstellt, dass Eingriffe in die Natur sorgfältig geprüft und mögliche Schäden minimiert werden. Die geplante Herabstufung der UVP-Pflicht bei der Erweiterung oder Neuanlage von Seilbahnen und Pisten hätte massive Folgen. Die Auswirkungen von neuen Skigebieten, Beschneiungsanlagen und Seilbahnen auf unsere Lebensgrundlagen Boden, Natur und Klima, auf gesetzlich geschützte Biotope und auch auf den Menschen würden dann bei deutlich weniger Projekten geprüft. Dabei ist unstrittig, dass solche Anlagen vielfach negative Auswirkungen auf die Natur, auf geschützte Arten und Biotope, den Wasserhaushalt und damit auch auf unsere Bäche, Flüsse und das Grundwasser sowie durch ihren Energieverbrauch auch auf das Klima haben. Die Alpen und Mittelgebirge leiden ohnehin bereits jetzt unter Klima- und Tourismus-Stress.

Besonders absurd ist, dass die geplanten Rückschritte beim Alpenschutz im so genannten "Dritten Modernisierungsgesetz" als Fortschritt ("Bürokratieabbau") verkauft werden. Im Laufe dieses Sommers wollen CSU und Freie Wähler das Gesetz durch den Landtag bringen, schon ab Oktober 2025 sollen Skigebietbetreiber*innen in den Alpen faktisch freie Hand haben.

Wir erklären:

Die Instrumente für effektiven Klima- und Umweltschutz – wie eben auch umfassende Umweltverträglichkeitsprüfungen – sind keine lästige Bürokratie, sondern sichern sowohl unser aller Lebensgrundlagen als auch gute und zukunftsfähige Planungen für die Wirtschaft. Natur-, Umwelt- und Klimaschutz sind auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten nötig und Teil der Lösung, nicht des Problems!

Wir fordern daher die bayerische Staatsregierung auf,

- die Paragraphen 9 bis 11 und damit die darin enthaltenen Eingriffe in das Bayerische Wassergesetz, das Bayerische Naturschutzgesetz und das Bayerische Eisenbahn- und Seilbahn-Gesetz aus dem Entwurf des Dritten Modernisierungsgesetzes Bayern zu streichen,
- sicherzustellen, dass Bauprojekte in den Alpen und unseren Mittelgebirgen mindestens wie bisher auf ihre Folgen für Natur und Umwelt geprüft und ggf. eingeschränkt oder nicht genehmigt werden,
- eine ökologische Neuausrichtung der Tourismusförderung, die den Schutz der Natur und die Anpassung an den Klimawandel in den Mittelpunkt stellt, einzuleiten,
- und damit zur Rettung der Alpen und Mittelgebirge beizutragen.

Wir appellieren an die Bayerische Staatsregierung, die geplanten Änderungen zurückzunehmen und sich für einen nachhaltigen Schutz der Alpen und Mittelgebirge einzusetzen.